

MARKUS WÜRDINGER

Insolvenzanfechtung
im bargeldlosen
Zahlungsverkehr

Jus Privatum

169

Mohr Siebeck

JUS PRIVATUM
Beiträge zum Privatrecht

Band 169



Markus Würdinger

Insolvenzanfechtung im bargeldlosen Zahlungsverkehr

Eine insolvenzrechtsdogmatische Abhandlung zum
Insolvenzanfechtungsrisiko bei Überweisungen und
Lastschriften in der Insolvenz des Girokontoinhabers

Mohr Siebeck

Markus Würdinger, geboren 1977; Studium der Rechtswissenschaften in Regensburg als Stipendiat des Freistaates Bayern; 2004 Promotion; 2003–2005 Referendar am OLG München; 2006–2012 Akademischer Rat an der Universität Regensburg; seit 2007 Dozent der DeutschenAnwaltAkademie; 2010 Habilitation; Lehrstuhlvertretungen/Lehraufträge in Regensburg, Konstanz und Augsburg; seit 2012 Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Europäisches und Internationales Privatrecht sowie Zivilprozessrecht an der Universität des Saarlandes.

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG Wort.

e-ISBN 978-3-16-152128-7

ISBN 978-3-16-152072-3

ISSN 0940-9610 (Jus Privatum)

Die deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2012 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Garamond Antiqua gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

MEINER FAMILIE

Vorwort

Die Insolvenzanfechtung dient der Massemehrung. Besondere praktische Bedeutung entfaltet dieses Instrument im Schnittbereich zum Bankrecht. Die folgende induktiv aufgebaute Abhandlung systematisiert die Fallgruppen, die sich bei Überweisungs- und Lastschriftgeschäften in der Insolvenz des Girokontoinhabers ergeben. Die Bank agiert dabei sowohl als Kreditgeberin als auch als Zahlungsmittlerin. Auf der Grundlage dieser Doppelfunktionalität werden eigene Lösungsansätze entwickelt und universelle Lehren zum Insolvenzanfechtungsrecht formuliert.

Die Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Regensburg hat diese Arbeit im Sommersemester 2010 als Habilitationsschrift angenommen. Späteres Schrifttum habe ich im Rahmen des Möglichen bis Anfang April 2012 berücksichtigt.

Der erste Dank gebührt meiner Familie, vor allem meiner Verlobten *Stefanie Loher*.

Ich danke ferner ganz herzlich meinem Lehrer, Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. *Peter Gottwald* für die Freiräume bei der Bearbeitung und die lehrreiche Assistentenzeit an seinem Lehrstuhl. Mein Doktorvater Herr Prof. Dr. *Herbert Roth* stand mir stets mit Rat und Tat zur Seite und hat die Arbeit ebenso wie Herr Prof. Dr. *Robert Uerpmann-Wittzack* wohlwollend begleitet. Herr Prof. Dr. *Wolfgang Servatius* hat das Zweitgutachten dankenswerter Weise zügig erstellt und wertvolle Hinweise aus der gesellschaftsrechtlichen Optik gegeben. Der VG WORT danke ich für ihren großzügigen Druckkostenzuschuss.

Saarbrücken, im April 2012

Markus Würdinger

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV

Teil 1 Einführung und Grundlagen

§1. Einführung	2
I. Die widerstreitenden Interessen im Insolvenzanfechtungsrecht	2
II. Themenstellung	7
III. Überblick über den Forschungsstand	10
IV. Gang der Untersuchung, induktive Methode	11
§2. Bankvertragsrecht und bargeldloser Zahlungsverkehr	13
I. Die Zahlungsdiensterichtlinie: europäische Kodifikation des Zahlungsverkehrs	13
II. Die einzelnen Verträge	14
1. Girovertrag	15
2. Kontokorrentvertrag	18
a) Kontokorrentabrede	19
b) Verrechnungsvertrag	19
c) Saldoanerkennnis	21
3. Kontokorrentkreditvertrag	22
III. Auswirkungen der Insolvenz des Bankkunden	23
1. Stellung eines Insolvenzantrags	23
2. Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	24
3. Eröffnung des Insolvenzverfahrens	26
a) Girovertrag	26
b) Kontokorrentvertrag	27
c) Kontokorrentkreditvertrag	27
IV. Zusammenfassung	28

§3. Systematisierung des Insolvenzanfechtungsrechts	30
I. Anfechtung innerhalb und außerhalb der Insolvenz	30
1. Terminologisches	31
2. Das Aliud-Verhältnis von Insolvenz- und Einzelanfechtung	31
3. Dogmatische Folgen einer partiellen wertungsmäßigen Deckungsgleichheit	33
II. Die Rechtsfolgnormen des Insolvenzanfechtungsrechts.	35
1. Die Anspruchsgrundlage des § 143 Abs. 1 S. 1 InsO.	35
a) Terminologiekritik	35
b) Dogmatische Einordnung des Insolvenzanfechtungs- anspruchs.	36
aa) Schuldrechtliche versus haftungsrechtliche Theorie	37
bb) Rückabwicklungsinstrument sui generis und hybrider Charakter	39
2. Anfechtungsschuldner	41
a) Die Lücke in § 143 InsO	41
b) Rechtsnachfolger (§ 145 InsO)	41
3. Schwierigkeiten bei der Rückgewähr	42
4. Die zeitliche Begrenzung des Insolvenzanfechtungsrechts (§ 146 InsO)	43
III. Die Tatbestandsnormen des Insolvenzanfechtungsrechts	43
1. Der Allgemeine Teil der Insolvenzanfechtung.	44
a) Die Grundnorm des § 129 InsO	44
aa) Die inhaltliche und personelle Weite des § 129 InsO	44
(1) Inhaltliche Weite: Rechtshandlung als rechtsfolgenorientierter Begriff	44
(2) Personelle Weite: die Protagonisten des Insolvenzanfechtungsrechts	45
bb) Begriffliche Unschärfen des § 129 InsO	47
cc) Die Gläubigerbenachteiligung	48
(1) Das Porträt der h. M.	49
(2) Präzisierung und Neuakzentuierung	50
dd) Kausalität zwischen Rechtshandlung und Gläubiger- benachteiligung	51
b) Erweiterung durch § 147 InsO.	51
c) Das Bargeschäft (§ 142 InsO).	52
aa) Rechtsgrund	52
bb) Überblick über Voraussetzungen und Probleme	53
d) Hilfsnormen	54
aa) Die Definitionsnorm des § 138 InsO.	54
bb) Fristberechnung (§ 139 InsO).	55

cc) Zeitpunktbestimmung (§ 140 InsO)	56
dd) Vollstreckbarer Titel (§ 141 InsO)	56
2. Der Besondere Teil der Insolvenzanfechtung	56
a) Allgemeine Insolvenzanfechtungstatbestände	57
aa) Vorsätzliche Benachteiligung (§ 133 InsO)	57
bb) Unentgeltliche Leistung (§ 134 InsO)	59
cc) Gesellschafterdarlehen (§ 135 InsO)	60
dd) Stille Gesellschaft (§ 136 InsO)	61
b) Besondere Insolvenzanfechtungstatbestände.	61
aa) Die Deckungsanfechtung (§§ 130, 131 InsO)	62
(1) Das Normenverhältnis von § 130 InsO und § 131 InsO	62
(2) Abgrenzung zwischen kongruenten und inkongruenten Deckungen.	63
bb) Der Sonderfall des § 131 Abs. 1 Nr. 3 InsO	65
cc) Unmittelbar nachteilige Rechtshandlungen (§ 132 InsO).	65
c) Anfechtungssystematische Verzahnungen?	67
IV. Zusammenfassung	68

Teil 2

Das Insolvenzanfechtungsrisiko bei Überweisungen und Lastschriften

§ 4. Die Überweisung	72
I. Die bankvertraglichen Grundlagen der Überweisung	72
1. Paradigmenwechsel von der Weisung zum Vertrag und wieder retour	72
2. Auswirkungen der Insolvenz des Bankkunden auf den Zahlungsauftrag.	73
a) Zahlungsausgänge.	75
aa) Insolvenzeröffnungsverfahren	75
(1) Bereits erteilte Zahlungsaufträge	75
(2) Neue Zahlungsaufträge.	77
(a) Ablehnung von Zahlungsaufträgen.	77
(b) Wirksamkeit von neuen Zahlungsaufträgen (aa) Meinungsstand	78
(bb) Stellungnahme und eigener Ansatz	79
bb) Eröffnetes Insolvenzverfahren	81
(1) Bereits erteilte Zahlungsaufträge	81
(2) Erteilung neuer Zahlungsaufträge.	81

cc) Zusammenfassung der methodologischen „Neujustierung“	82
b) Zahlungseingänge	83
aa) Insolvenzeröffnungsverfahren	83
bb) Eröffnetes Insolvenzverfahren	83
3. Zwischenbilanz und weitere Vorgehensweise	84
II. Zahlungsausgänge	85
1. Insolvenzanfechtungsanspruch gegenüber dem Überweisungsempfänger	85
a) Systematisierung der Fallgruppen	85
b) Zahlungen aus einem aufgenommenen Darlehen	86
aa) Dogmatisches Untersuchungsprogramm	86
bb) Forderungsbegleichung aus einem aufgenommenen Darlehen	87
(1) Rechtliche Trennung von Darlehensvertrag und Schuldentilgung	88
(2) Die Theorie von der wirtschaftlichen Einheit	89
(3) Besonderheit bei Rücknahme der Forderungsanmeldung?	90
(4) Stellungnahme und eigener Ansatz: teleologische Reduktion des § 129 InsO	91
(a) Fehlende dogmatische Fundierung.	91
(b) Rechtsunsicherheit	92
(c) Der Einfluss des Grundsatzes der Gläubigergleichbehandlung: teleologische Reduktion des § 129 InsO	93
(d) Wertungsgleichklang zur Argumentationslinie des BGH bei Anzeige der Masseunzulänglichkeit	95
(e) Unabhängigkeit von der Deckungsqualität	96
(f) Unabhängigkeit von einer Rücknahme der Forderungsanmeldung.	97
c) Schuldentilgung aus einem debitorisch geführten Konto im Rahmen des Dispositionskredits.	97
aa) Allgemeine Rechtsgeschäftslehre.	99
bb) Pfändbare Forderung?	101
(1) Teleologische Reduktion des § 829 ZPO	102
(a) Wirtschaftliche Betrachtungsweise: Kapitalnutzung.	102
(b) Privatautonomie	103
(2) Ausschluss nach § 851 ZPO: generelle Zweckbindung?	104

(3) Zusammenschau: keine pfändungsfreie Zone des „Unterwasserkontos“	106
cc) „Einzelzwangsvollstreckungsakzessorietät“ und wirtschaftlich neutraler Gläubigertausch	107
(a) Die Theorie von der Einzelzwangsvoll- streckungsakzessorietät	107
(b) Das Alternativmodell von Bitter: kein Fortsetzungszusammenhang zum Einzel- zwangsvollstreckungsrecht	108
(c) Kritische Stellungnahme und eigener Ansatz: normative Korrektur des § 129 InsO und Theorie von der Doppelfunktionalität	109
(a) Schwächen einer Einzelzwangs- vollstreckungsakzessorietät	109
(bb) Teleologische Reduktion des § 129 InsO	110
(cc) Doppelfunktionalität	111
(dd) Gleichklang zum Bereicherungsrecht	112
(ee) Normativer Gläubigerbenachteiligungs- begriff: Parallele zum Schadensersatz- recht	114
dd) Ergebnis	116
d) Zahlungen aus einer „geduldeten Überziehung“	117
aa) Allgemeine Rechtsgeschäftslehre	117
bb) Pfändbare Forderung? – die gespaltene Lösung	119
cc) Gegenpositionen	120
dd) Eigene Stellungnahme: Plädoyer für eine Einheits- lösung, Theorie von der Doppelfunktionalität	121
(1) „Anspruch auf Kredit“ versus „Chance auf Kredit“	121
(2) Die Konstruktion der juristischen Sekunde	121
(3) Wirtschaftliche Betrachtungsweise	122
(4) Fiktion in Parallelität zu § 28e Abs. 1 S. 2 SGB IV?	123
(5) Unterwasserkonto und Gläubigergleichbehand- lungsgrundsatz	124
(6) Einheitslösung – kein Drei-Schichten-Modell	124
ee) Folgeprobleme der gespaltenen Lösung	125
(1) Darlegungs- und Beweislast des Insolvenz- verwalters	125
(2) Konkludente Erweiterung des Dispositions- kredits	126

ff)	Ein Seitenblick: Parallelproblem bei § 64 S. 1 GmbHG?	128
e)	Zweckbindung der Mittelverwendung	130
aa)	Die Normenkette § 399 BGB, § 851 ZPO, §§ 35 f. InsO, § 129 InsO	130
bb)	Die Judikaturlinie des BGH: Risse in der Dogmatik	131
cc)	Kritische Stellungnahme und Lösung nach dem hier vertretenen Ansatz	132
dd)	Weitere Abgrenzungsprobleme nach der gespaltenen Lösung	134
2.	Insolvenzanfechtungsanspruch gegenüber der Bank	135
a)	Der Grundfall der Anweisung	136
aa)	Uneinheitliche Judikaturlinie	136
bb)	Schrifttum und eigene Stellungnahme	138
(1)	Parallele zum Bereicherungsrecht	138
(a)	§ 143 Abs. 1 S. 2 InsO	138
(b)	Subsidiaritätsdogma im Bereicherungsrecht	139
(c)	Insolvenzrisiko	139
(d)	Vergleich mit § 816 Abs. 2 BGB	140
(2)	Rechtsfolgenorientierte Lösung: Zuflussprinzip	140
(a)	Grammatische Auslegung des § 143 Abs. 1 S. 1 InsO	141
(b)	Systematische Auslegung	141
(c)	Teleologische Auslegung	142
(3)	Tatbestandsimmanente Lösung	142
b)	Der Überweisungsfall	143
aa)	§ 129 InsO	143
bb)	Anfechtungsgrund nach §§ 130, 131 InsO	144
cc)	Anfechtungsgrund nach § 132 InsO	145
dd)	Anfechtungsgrund nach § 133 InsO	146
(1)	Rechtshandlung des Schuldners	146
(2)	Gläubigerbenachteiligungsvorsatz des Schuldners	146
(3)	Kenntnis der Bank vom Gläubigerbenachteiligungsvorsatz	148
(4)	Begrenzungsversuche in Rechtsprechung und Schrifttum: die teleologische Reduktion des § 133 Abs. 1 InsO	150
(a)	Gefahr einer Doppelzahlung	151
(b)	Unlauterkeit	151
(c)	Sozial inadäquates Verhalten	153
(d)	Erweiterung des Vertrauensschutzes	154

(e) Stellungnahme	155
(aa) Historische Auslegung	155
(bb) Teleologische Auslegung	156
(cc) Funktionaler Ansatz: teleologische Reduktion bei „neutralen Hand- lungen“	157
ee) Bargeschäft	159
c) Insolvenzanfechtungsrecht im Mehrpersonenverhältnis: eine Zusammenschau	160
3. Zusammenfassung	160
III. Zahlungseingänge	163
1. Die Anwendbarkeit des § 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO auf Kontokorrentverrechnungen.	165
a) Dogmatisches Profil des § 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO	166
b) Ein Zwischenschritt: Anwendbarkeit des § 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO auf Aufrechnungen vor Insolvenzeröffnung	169
aa) Grammatische Auslegung.	169
bb) Historische Auslegung	170
cc) Systematische Auslegung	170
dd) Teleologische Auslegung	171
c) Meinungsspektrum	172
d) Das „Anspruchsgrundlagenrätsel“	173
2. Anfechtbare Rechtshandlung und Nebeneinander von Aufrechnungsverbot und Anfechtungsanspruch nach § 143 Abs. 1 InsO	174
a) Anfechtungsgegenstand	175
b) Maßgeblicher Zeitpunkt	177
c) Anspruchskonkurrenz zu § 143 Abs. 1 InsO?	178
3. Gläubigerbenachteiligung i. S. des § 129 InsO	179
a) Allgemeines	179
b) Grundsatz	179
c) Ausnahmen	180
4. Kausalität	181
5. Anfechtungsgrund	183
a) Deckungsanfechtung (§§ 130f. InsO)	183
aa) Anspruchsorientierte Abgrenzung.	185
bb) Teleologische Reduktion bei fehlender „besonderer Verdächtigkeit“	186
cc) Teleologische Reduktion bei „vertragsgemäßigem Verhalten“	187
dd) Teleologische Reduktion bei „Ausstieg der Bank aus der Gläubigergemeinschaft“	187

ee)	Schuldtypische Deutung	189
ff)	Die gespaltene Lösung des BGH.	189
	(1) Grundsatz: Anspruchsorientierte Abgrenzung	190
	(2) Ausnahme bei vertragsgemäßigem Verhalten	190
	(3) Folgeproblem: Anfechtbarkeit der Kredit- kündigung	192
	(a) Meinungsstand	192
	(b) Stellungnahme	193
gg)	Kritische Beleuchtung der Judikaturlinie	193
	(1) Methodische Bedenken gegen die Mutationsthese des BGH	194
	(2) Die Formel „vertragsgemäß ist gleich kongruent“	195
	(3) Anfechtungsrechtliche Verdächtigkeit	195
hh)	Stellungnahme und eigener Ansatz	196
	(1) Grammatische Auslegung	196
	(2) Historische Auslegung	196
	(3) Systematische Auslegung	197
	(4) Teleologische Auslegung	198
	ii) Ergebnis und Folgerungen	200
b)	Vorsätzliche Benachteiligung (§ 133 InsO)	200
6.	Bargeschäft nach § 142 InsO	201
a)	Meinungsspektrum	201
	aa) Judikatur des IX. Zivilsenats	202
	bb) Abweichende Konzeptionen im Schrifttum.	203
	(1) Enge Auslegung des § 142 InsO	203
	(2) Maßgeblichkeit des höchsten Schuldenstands	204
	(3) Ausschöpfung des Kreditrahmens.	204
b)	Methodische Grundlegung.	206
	aa) Ratio legis des § 142 InsO	206
	bb) Analogiefähigkeit des § 142 InsO.	207
c)	Auslegung des § 142 InsO	208
	aa) Leistungsaustausch aufgrund einer Parteiverein- barung.	208
	bb) Gleichwertigkeit	209
	cc) Unmittelbarkeit	209
	dd) Reichweite der Bereichsausnahmen	210
d)	Anwendung auf Kontokorrentverrechnungen	211
	aa) Subsumtion	211
	(1) Leistungsaustausch aufgrund einer Partei- vereinbarung.	211

(2) Gleichwertigkeit	213
(3) Unmittelbarkeit	213
bb) Gesamtstimmigkeit des eigenen Ansatzes	214
7. Ordinary Course of Business-Doktrin: ein rechtsver- gleichender Impuls für das deutsche Insolvenzanfechtungs- recht?	215
a) Die Bedeutung im amerikanischen Konkursrecht	215
b) Übertragung auf das deutsche Recht	217
c) Stellungnahme	217
8. Sicherungsrechte der Bank	218
a) AGB-Pfandrecht der Banken	219
aa) Voraussetzungen und zivilrechtliche Wirksamkeit	220
(1) Bestellung des Pfandrechts	220
(2) AGB-rechtliche Wirksamkeit	222
(3) Kollision mit Kontokorrentabrede?	222
bb) Anfechtbarkeit des AGB-Pfandrechts	223
(1) Auslegung der Nr. 14 AGB-Banken	223
(2) Deckungsqualität	224
(a) Meinungsstand	224
(b) Stellungnahme und eigener Ansatz	225
(3) Zusammenfassung	227
b) Globalzession	228
aa) Zivilrechtliche Wirksamkeit	228
bb) Anfechtbarkeit der Globalzession	229
(1) Entstehen des sicherungsgezierten Anspruchs in der Krise	230
(a) Maßgeblicher Zeitpunkt	230
(b) Gläubigerbenachteiligung und Sicherheiten- Kette	231
(c) Deckungsqualität	233
(aa) Dogmatische Grundlegung	233
(bb) Entwicklung des Meinungsstands	235
(cc) Stellungnahme	239
(d) Bargeschäft (§ 142 InsO)	242
(e) Resümee	245
(2) „Werthaltigmachen“ der sicherungsgezierten Forderung	246
(a) Das Problem der Wertauffüllung	246
(b) Ermöglichende Rechtshandlung	247
(c) Deckungsqualität	249
(d) Insolvenzanfechtungsanspruch gegenüber dem Drittschuldner	250

(3) Zusammenfassung und Folgen	250
c) Sicherheitentausch.	252
aa) Der Grundfall des verlängerten Eigentums- vorbehalts.	252
(1) Generalia.	252
(2) Judikatur.	253
(3) Stellungnahme und Entwicklung allgemeiner Kriterien für einen Sicherheitentausch	254
(a) Terminologisches.	254
(b) Zeitliches Kriterium: keine Sicherheiten- lücke	254
(c) Inhaltliches Kriterium.	255
(d) Personelles Kriterium: Personenidentität der Sicherungsgläubiger	255
bb) Verpfändete Gutschrift als Surrogatsicherheit für eine globalzedierte Forderung	255
(1) Der Fall.	255
(2) Stellungnahme.	257
cc) Besonderheiten bei Sicherheitenpoolverträgen	257
(1) „Der Poolfall“	257
(2) Propria eines Sicherheitenpoolvertrags	258
(3) Kein Sicherheitentausch	259
(4) Kautelarjuristische Folgerungen.	261
(a) Gesamtgläubigerschaft.	261
(b) Verpfändungslösung	262
(c) Forderungsgemeinschaft zu Bruchteilen.	262
(d) Sicherheiten-GbR	262
(e) Zahlstellenklausel	263
(f) Aufschiebend bedingte Interbankenzession	264
(g) Pfandrecht der Poolführerin am Gut- schriftenanspruch	264
9. Verjährungsrechtliche Probleme bei Kontokorrentver- rechnungen.	265
a) § 146 Abs. 1 InsO analog	265
aa) Meinungsspektrum	266
(1) Allgemeines Verjährungsrecht.	266
(2) Insolvenzzrechtliche Lösung: § 146 Abs. 1 InsO (analog)	266
(3) Kumulationslösung.	268
bb) Stellungnahme	268
(1) Keine Novation	268

(2) Keine analoge Anwendung des § 146 Abs. 1 InsO	269
b) § 146 Abs. 2 InsO analog	273
c) Zusammenfassung: „halbseitige“ Analogie.	276
10. Aufrechnungsverbot bei Erlass von Maßnahmen nach § 21 Abs. 2 S. 1 Nr. 2, 3 InsO.	277
11. Zahlungseingänge nach Verfahrenseröffnung	278
a) § 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO.	278
b) § 95 InsO.	278
12. Zusammenfassung	280
a) Anwendbarkeit des § 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO	280
b) Anfechtbare Rechtshandlung und Nebeneinander von Aufrechnungsverbot und Anfechtungsanspruch nach § 143 Abs. 1 InsO	280
c) Gläubigerbenachteiligung i. S. des § 129 InsO	281
d) Kausalität.	281
e) Anfechtungsgrund	282
f) Bargeschäft nach § 142 InsO	283
g) Ordinary Course of Business-Doktrin	286
h) Sicherungsrechte der Bank	286
aa) AGB-Pfandrecht	286
bb) Globalzession.	286
cc) Sicherheitentausch	288
i) Verjährungsrecht	289
§ 5. Die Lastschrift	290
I. Bankrechtliche Grundlagen	292
1. Gesetzliche Regelungen und Zweispurigkeit des Last- schriftenrechts.	292
2. Die „Akteure“: Zahler, Zahlungsempfänger, Inkassostelle, Zahlstelle.	293
3. Überblick über das Abbuchungsauftrags- und Einzugs- ermächtigungsverfahren	294
a) Das Abbuchungsauftragsverfahren	294
b) Das Einzugsermächtigungsverfahren.	296
aa) Ablauf	297
bb) Dogmatische Einordnung „der Einzugs- ermächtigung“	298
(1) Ermächtigungstheorie	300
(2) Genehmigungstheorie	300
(a) Das dogmatische Profil des Widerspruchs	300

(b)	Die Genehmigungsfiktion.	302
(c)	Konkludente Genehmigung.	304
(d)	Korrektur auf Sekundärebene.	307
(aa)	Schadensersatzanspruch des Zahlungsempfängers	307
(bb)	Schadensersatzanspruch der Inkassostelle	308
(cc)	Schadensersatzanspruch gegen die Zahlstelle	309
(e)	Zeitpunkt der Erfüllung im Valutaverhältnis	309
(aa)	Erfüllung mit Genehmigung	310
(bb)	Erfüllung mit Einlösung der Belastungsbuchung	311
(f)	Das Problem der fehlenden Fristenkongruenz.	314
(aa)	Ansprüche der Zahlstelle gegen die erste Inkassostelle	314
(bb)	Ansprüche der Zahlstelle gegenüber dem Gläubiger	315
(3)	Zwecktheorie	318
(4)	Stellungnahme.	319
(a)	Deckungsverhältnis	319
(b)	Valutaverhältnis	320
(aa)	Plädoyer für die Genehmigungstheorie	321
(bb)	Modifikationen	322
(c)	Fazit und kautelarjuristische Folgerungen	323
c)	Abgrenzungsprobleme	324
4.	Elektronisches Lastschriftverfahren (ELV)	325
II.	Die Insolvenz des Lastschriftschuldners.	326
1.	Der Widerspruch durch den Insolvenzverwalter	327
a)	Die Judikatur des IX. Zivilsenats	328
b)	Die Kritik des Schrifttums und des XI. Zivilsenats	330
c)	Die gemeinsame Linie des IX. und XI. Zivilsenats	331
d)	Eigene Stellungnahme: kein Lastschriftsonderinsolvenzrecht.	332
aa)	Korrektivverlagerung	332
bb)	Unterscheidung Sittenwidrigkeit – Pflichtverletzung	333
cc)	Gleichlauf versus Gläubigergleichbehandlung	334
dd)	Das Zeitpunktproblem	334
ee)	Umgehung der Wertungen des Insolvenzanfechtungsrechts	335

ff) Modifizierte Genehmigungstheorie und Fazit	335
2. Die in AGB vereinbarte Genehmigungsfiktion	335
a) Die gespaltene Lösung	336
b) Einheitslösung	337
c) Ergebnis	338
3. Zusammenfassung	339
III. Insolvenzanfechtung im Lastschriftenrecht	339
1. Genehmigung	340
a) Gleichlauf zur Überweisung	340
b) Spezifische Lastschriftprobleme	341
aa) Anfechtbare Rechtshandlung	341
bb) Zeitpunkt der Rechtshandlung (§ 140 InsO)	342
cc) Zeitpunktbestimmung beim Bargeschäft (§ 142 InsO)	344
dd) Rechtshandlung des Schuldners (§ 133 Abs. 1 InsO)	346
ee) Ausschluss der Insolvenzanfechtung nach § 242 BGB wegen Genehmigung durch einen (vorläufigen) Insolvenzverwalter	347
2. Widerspruch	348
IV. Handlungsalternativen des Insolvenzverwalters	349
V. Die SEPA-Lastschrift	351
1. Single European Payments Area	351
2. Folgeprobleme wie bei der Genehmigungstheorie?	352
a) Die Auswirkungen des Refund auf das Valutaverhältnis	352
b) Der Widerspruch durch den Insolvenzverwalter	353
VI. Zusammenschau der Ergebnisse	354

Teil 3

Prinzipien und Auslegungsdirektiven des Insolvenzanfechtungsrechts

§ 6. Prinzipien des Insolvenzanfechtungsrechts	358
I. Gläubigergleichbehandlung	359
1. Propria	359
2. Begründungsmodelle	362
a) Communio incidens	363
b) Zustimmungsfiktion bzw. Korrektur über § 242 BGB	364
c) Die Theorie von der Ausgleichshaftung	365
d) Allgemeine Gerechtigkeits- und Billigkeitsaspekte	366
e) Verfahrensrechtliches Verteilungsprinzip	366
f) Stellungnahme und Plädoyer für ein Solidaritätsmodell	367

3. Bedeutung im Insolvenzanfechtungsrecht	368
a) Tatbestands- und Rechtsfolgenseite	368
b) Feinsteuerungen der Gläubigergleichbehandlung im Insolvenzanfechtungsrecht.	370
aa) Entwurf eines Gesetzes zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge und zur Anpassung des Rechts der Insolvenzanfechtung.	371
bb) § 28e Abs. 1 S. 2 SGB IV als Lehrstück gesetz- geberischer Unzulänglichkeit?	372
II. Privatautonomie	374
1. Die Begrenzung der Privatautonomie.	375
a) Die Ex-post Dimension der Privatautonomie	376
b) Insolvenzanfechtungsrechtliche Inhaltskontrolle von Verträgen?	378
c) Disponibilität des Insolvenzanfechtungsrechts?.	378
d) Abtretbarkeit des Anfechtungsanspruchs	380
2. Die Beachtung der Privatautonomie	381
a) Erhöhte Anforderungen an die Anfechtbarkeit bei kongruenten Deckungen	381
b) Vertragliche Verknüpfung beim Bargeschäft, § 142 InsO	381
3. Zusammenfassung	382
III. Vertrauensschutz	383
1. Vertrauensschutz auf der Tatbestandsseite	383
a) Restriktion der Grundnorm durch § 242 BGB analog.	383
b) Vertrauensschutz bei der Zeitpunktbestimmung	386
c) Limitierungen bei den Anfechtungstatbeständen durch subjektive Tatbestände	386
aa) § 130 InsO	386
(1) Maßstab	387
(2) Bezugspunkt.	388
(3) Zeitpunkt	389
(4) Zeitraum	390
bb) § 133 InsO.	391
2. Vertrauensschutz auf der Rechtsfolgenebene.	392
a) Bereicherungsrechtliches Grundniveau bei unentgeltlichen Leistungen.	392
b) Anfechtungsrechtlicher Gutgläubensschutz für Rechtsnachfolger	392
c) Korrektur über Treu und Glaube (§ 242 BGB analog).	393
IV. Zusammenfassung	393

§7. Methodologische Direktiven für die Auslegung und Rechtsfortbildung des Insolvenzanfechtungsrechts	396
I. Weite massefreundliche Auslegung oder enge privatautonomiefreundliche Auslegung?	396
II. Autonome Auslegung	397
III. Die wirtschaftliche Betrachtungsweise: „das Entscheidende“?	398
IV. Ökonomische Analyse des Rechts (Economic Analysis of Law)	400
1. De lege lata: keine eigenständige Auslegungsmethode	400
2. De lege ferenda und die präventive Wirkung des Anfechtungsrechts	402
V. Zusammenfassung	403
§8. Zusammenschau der Ergebnisse	405
I. Prinzipien des Insolvenzanfechtungsrechts	405
1. Gläubigergleichbehandlung	406
2. Privatautonomie	407
3. Vertrauensschutz	407
II. Auslegung und Rechtsfortbildung im Insolvenzanfechtungsrecht	408
III. Insolvenzanfechtung bei Überweisungen	409
1. Zahlungsausgänge.	409
a) Dogmatischer Doppelwechsel und methodologische Neujustierung	409
b) Neuansätze zur Dogmatik des § 129 InsO	410
aa) Die teleologische Reduktion des § 129 InsO: Vorwirkung der Gläubigergleichbehandlung	410
bb) Die normative Korrektur des Gläubigerbenachteiligungsbegriffs: das doppelfunktionale Handeln der Bank.	411
c) Insolvenzanfechtung im Mehrpersonenverhältnis: Plädoyer für eine tatbestandsimmanente Lösung	412
2. Zahlungseingänge: Insolvenzanfechtung bei Kontokorrentverrechnungen	413
a) Anwendbarkeit des § 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO	413
b) Anfechtbare Rechtshandlung	413
c) Gläubigerbenachteiligung i. S. des § 129 InsO	414
d) Kausalität.	414
e) Anfechtungsgrund	415
f) Bargeschäft nach § 142 InsO	416
g) Keine Ordinary Course of Business-Doktrin im deutschen Recht	418

h) Sicherungsrechte der Bank	418
aa) AGB-Pfandrecht und insolvenzanfechtungs- rechtlicher Bestimmtheitsgrundsatz	418
bb) Globalzession.	419
cc) Sicherheitentausch	420
i) „Halbseitige“ Analogie im Verjährungsrecht.	421
IV. Insolvenzanfechtung bei Lastschriften	422
1. Die modifizierte Genehmigungstheorie bei Einzugs- ermächtigungslastschriften	422
2. Kein Lastschriftensonderinsolvenzrecht	423
3. Der insolvenzanfechtungsrechtliche Fortsetzungs- zusammenhang	423
4. Der Gleichklang zu den SEPA-Lastschriften: die Einheitslösung im Lastschriftenrecht.	424
Literaturverzeichnis	425
Sachregister	465

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
AAV	Abbuchungsauftragsverfahren
ABGB	(österreichisches) Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch vom 1. 6. 1811
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
abw.	abweichend
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
ÄndG	Änderungsgesetz
AG	Ausführungsgesetz; oder: Aktiengesellschaft, Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift); oder: Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AktG	Aktiengesetz
a. M.	am Main
AnfG	Gesetz über die Anfechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Insolvenzverfahrens (Anfechtungsgesetz) vom 5. 10. 1994
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
BAFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAnz	Bundesanzeiger
BauFordSiG	Bauforderungssicherungsgesetz
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BB	Betriebs-Berater
BBankG	Gesetz über die Deutsche Bundesbank
BC	Bankruptcy Code
Bd.	Band
Begr.	Begründung
Bek.	Bekanntmachung

Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BJM	Bundesministerium der Justiz
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BNotO	Bundesnotarordnung
BörsG	Börsengesetz
BRÄK-Mitt	Mitteilungen der Bundesrechtsanwaltskammer
BR-Drucks.	Bundesrats-Drucksache
BT-Drucks.	Deutscher Bundestag, Drucksache
BuB	Bankrecht und Bankpraxis
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
CA	Companies Act
ca.	circa
CC	code civil
CISG	Convention on Contracts for the International Sale of Goods (UN-Kaufrecht)
CR	Computer und Recht
DB	Der Betrieb
DepotG	Gesetz über die Verwahrung und Anschaffung von Wertpapieren
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung
DJ	Deutsche Justiz
DJT	Deutscher Juristentag
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
DVO	Durchführungsverordnung
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht (bis 12/1998 DZWIR, Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht)
EEV	Einzugsermächtigungsverfahren
EG	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EStG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht

EZB	Europäische Zentralbank
f.; ff.	folgende(r)
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Fn.	Fußnote
FK	Frankfurter Kommentar
FS	Festschrift
GesO	Gesamtvollstreckungsordnung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GroßKomm	Großkommentar
Gruchot	Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts, begründet von Gruchot
GS	Gedächtnisschrift
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
HambKomm	Hamburger Kommentar
Hdb.	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
HK	Heidelberger Kommentar
h. M.	herrschende Meinung
h. L.	herrschende Lehre
hrsg.	herausgegeben
HS.	Halbsatz
IA	Insolvency Act
IBR	Immobilien- und Baurecht
i. d. F.	in der Fassung
i. E.	im Ergebnis
InsO	Insolvenzordnung
InsVV	Insolvenzrechtliche Vergütungsverordnung
InVo	Insolvenz und Vollstreckung
i. S.	im Sinne
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JBl	Juristische Blätter (Österreich)
JURA	Jurische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KO	Konkursordnung
Komm	Kommentar
KTS	Konkurs, Treuhand, Sanierung, Zeitschrift für Insolvenzrecht (bis 1989: Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen)
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LG	Landgericht
lit.	litera
LK	Leipziger Kommentar
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung Lindenmaier-Möhrling
LSA	Abkommen über den Lastschriftverkehr (Lastschriftabkommen)

LuftfzRG	Gesetz über Rechte an Luftfahrzeugen
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht
m. E.	meines Erachtens
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
MünchKomm	Münchener Kommentar
MünzG	Münzgesetz
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
m. W. v.	mit Wirkung vom
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung
öKO	(österreichische) Konkursordnung
OLG	Oberlandesgericht
p. a.	per annum
Para.	Paragraph
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht, begründet von Rabel
Rdnr.	Randnummer
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht
RGRK	Reichsgerichtsrätekommentar
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
S.	Satz (in Gesetzesangaben); Seite (in Quellenangaben)
SchiffsG	Schiffsgesetz
SchKG	Schuldbetreibung und Konkurs (Schweiz)
SGB	Sozialgesetzbuch
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannte(r)
SolvV	Solvabilitätsverordnung
Sp.	Spalte
StGB	Strafgesetzbuch
s. u.	siehe unten
u. a.	unter anderem
Urt.	Urteil
v.	versus
Verw	Die Verwaltung
vgl.	vergleiche
VglO	Vergleichsordnung
Vor.	Vorbemerkung
VuR	Verbraucher und Recht
wbl	Wirtschaftsrechtliche Blätter (Österreich)

wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WuB	Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht
WM	Wertpapier Mitteilungen, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
ZAG	Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz
z. B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZD-RL	Zahlungsdiensterichtlinie
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIK	Zeitschrift für Insolvenzrecht und Kreditschutz (Österreich)
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSt	Zeitschrift zum Stiftungswesen
ZVI	Zeitschrift für Verbraucherinsolvenzrecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International – Jahrbuch des Internationalen Zivilprozessrechts
ZZZ	Schweizerische Zeitschrift für Zivilprozess- und Zwangsvollstreckungsrecht